

PARTEIENBÜHNE

FBP-Präsidium steht hinter der AHV-Vorlage

In seiner Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht betreffend die Neuregelung des an die AHV ausgerichteten Staatsbeitrages sowie Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV stellt sich das FBP-Präsidium im Grundsatz hinter die Vorlage von Gesellschaftsminister Dr. Mauro Pedrazzini.

Mit der Vorlage des Vernehmlassungsberichts greift Pedrazzini ein Versprechen aus dem FBP-Wahlprogramm auf und schlägt konkrete Massnahmen zu dessen Erfüllung vor.

«Die langfristige Sicherung dieses für das Land Liechtenstein so wichtigen Sozialwerks ist in Verbindung mit den absehbaren demografischen Entwicklungen eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit. Wir erachten es zudem als richtig und wichtig, dieses Reformpaket bereits heute anzugehen. Abzuwarten und auf eine bessere Prognose zu spe-

kulieren, ist in unseren Augen der falsche Weg. Die Entwicklung der Ausgaben der AHV ist bereits heute weitestgehend abschätzbar und so ist es unabdingbar, dass wir die erkannten Problemstellungen aus unserer aktuell noch komfortablen Situation heraus zu lösen suchen», so FBP-Geschäftsführer Thomas Banzer im Namen des Parteipräsidiums.

Neben der vordergründigen langfristigen Sicherung der AHV, welche unzweifelhaft im Zentrum dieser Vorlage steht, werde auch der Staatshaushalt gegenüber heute um 30 Mio. Franken jährlich entlastet. Dies sei angesichts der sehr angespannten Finanzlage des Landes ein wichtiger Beitrag zur Erreichung eines ausgeglichenen Staatshaushaltes.

Die Einführung der Beitragspflicht auf Erwerbseinkommen, welche im Rentenalter erzielt werden, ist für das Präsidium

der Bürgerpartei unbestritten und notwendig. Dennoch wird eine Beitragsbefreiung von Einkommen bis zu einem Betrag von max. CHF 5000 p. a. zur Prüfung angeregt. «Damit würden verschiedene, für die Gesellschaft wichtige kleinere Engagements von Rentnern weiterhin befreit bleiben, ohne dass der AHV grosse Summen verloren gehen», so Thomas Banzer zu diesem Vorschlag.

Die Umlegung des Weihnachtsgeldes (13. AHV) auf 12 Monatsrenten soll ebenfalls nochmals überprüft werden. Seitens des FBP-Präsidiums spräche nichts dagegen, diese auch weiterhin in 13 Tranchen auszubezahlen. Das Aussetzen der Teuerungsanpassung wird als wichtig im Sinne einer nachhaltigen und langfristigen Sicherung der AHV angesehen.

Eine Stellungnahme der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP)